

# MEHR PROGRESSIVE POLITIK WAGEN

Kommentar von Tatiana Abarzúa



Neulich hörte ich einen Politik-Profi sagen, es gebe keine Mehrheiten für progressive Inhalte. Ja, lesen Sie den Satz gerne noch mal. Es ist so ermüthend. Besonders in dieser Zeit parteiübergreifender Unklarheit im politischen Berlin und anderswo. Dabei steigt der Handlungsdruck immer weiter – und die Parteispitzen befinden sich längst im Wahlkampfmodus.

Kurz vor Druckschluss dieser Ausgabe: Der Kanzler entlässt den Finanzminister fristlos. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier überreicht die Entlassungsurkunden an die Liberalen: Finanzminister Christian Lindner, Justizminister Marco Buschmann und Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Jörg Kukies, bisheriger Staatssekretär im Bundeskanzleramt, ist Lindners Nachfolger. Volker Wissing – nun ohne FDP-Partei-buch – und Cem Özdemir befördert zu Doppelministern. Das Regierungsbündnis zusammengeschrumpft auf eine Ampel ohne gelbe Schaltphase.

Es ist noch keine Woche vergangen, seitdem Lindners „Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit“ öffentlich bekannt wurde. Das PDF ist inzwischen auf der Website der Bundespartei verlinkt. Diese 18 Seiten – eventuell eine Reminiszenz an die Strategie 18 aus den Nullerjahren? – wirken wie eine Provokation gegenüber SPD und Grünen. Sie enthalten laut CDU-Vorsitzendem und Kanzlerkandidaten Friedrich Merz Formulierungen, die zum Teil wörtlich aus Anträgen von CDU und CSU aus den vergangenen zwei Jahren übernommen seien, wie der Deutschlandfunk berichtet [1]. Zum Thema Klimapolitik stellt Lind-

ner die Forderung auf, dass „die nationalen Ziele, wie die nationalen Zwischenziele, durch die europäischen Ziele ersetzt werden“. Zudem: alle sektorbezogenen Klimaschutzziele abzuschaffen, und „auf europäischer Ebene insbesondere die Abschaffung der Regulierungen zur Energieeffizienz, Gebäudeenergieeffizienz und der Flottengrenzwerte durchsetzen“. Eine andere Forderung: „Im Gebäudeenergiegesetz könnte der Zeitpunkt, ab dem Heizungen vollständig klimaneutral sein müssen, um fünf Jahre verschoben werden.“ Dass er den gesetzlich festgelegten Zeitpunkt für den Kohleausstieg als „nicht notwendig“ bezeichnet und eine unbeschränkte Zulassung von CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung an Land verlangt (carbon capture and storage, kurz: CCS), überrascht da niemanden. Allerdings, dass weder die FDP-Bundestagsfraktion noch das Parteipräsidium vor der Veröffentlichung vom „Lindner-Papier“ gewusst haben wollen – wie der Tagesspiegel berichtet – verblüfft schon. Lindners disruptives Verhalten – es wirkt so bekannt – erinnert an seinen Satz nach der Bundestagswahl 2017: „Lieber nicht regieren, als falsch regieren“. Vier Jahre später war es dann doch so weit, dass die FDP den Schritt in die Regierungsverantwortung ging. Doch wer hätte sich 2021 vorstellen können, dass es auf den letzten Metern mit dem Parteien-Trio so zu Ende geht wie jetzt? Drei Jahre nach dem Koalitionsvertrag, der mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ verziert war wie ein bunter Smartieskuchen? Oder ging es bereits damals nur um taktische Manöver?

„In den verbleibenden Sitzungswochen des Bundestages bis Weihnachten werden wir alle Gesetzentwürfe zur Abstimmung stellen, die keinerlei Aufschub dulden“, sagte Scholz am 6. November. Zu einzelnen Gesetzesvorhaben kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aktuell keine Aussage treffen, erfahren wir auf Nachfrage. Somit wissen wir noch nicht, wie es etwa mit den angekündigten Änderungen im Energiewirtschaftsrecht und beim Marktstammdatenregister weitergehen wird, oder dem Kohleausstieg, der Mietpreisbremse und dem Deutschlandticket. Zum Realitätsabgleich dieser Zeit gehört auch, dass über 75 Millionen Menschen in den USA Trump zum Präsidenten gewählt haben. Im Wahlkampf kündigte er an, Umweltschutzmaßnahmen rück-

gängig zu machen, die arktische Wildnis für Ölbohrungen und Nationalparks für den Bergbau zu öffnen. Nach Angaben der Tageszeitung The Washington Post soll der schamlose Serienlügner in seiner ersten Amtszeit 30.573-mal die Unwahrheit gesagt haben [2]. Die ausgezählten Stimmen zeigen: Der autoritäre Nationalist konnte seine Wählerschaft halten. Denn 2020, als mehr als 81 Millionen Menschen Biden wählten, setzten etwa 74 Millionen ihr Kreuz bei Trump.

All dies geschieht etwa zwei Wochen nach verheerenden, massiven Überschwemmungen in Spanien, die vor allem die Region Valencia betreffen. Über 200 Menschen starben. Ausgelöst wurden die Regenfälle durch ein sehr kleines, lokales Tiefdruckgebiet, mit Höhenkaltluft, isoliert über längere Zeit an der gleichen Stelle [3]. Kalte Luft in dieser Höhe begünstigt Starkregen-Ereignisse. Die globale Erderhitzung wiederum erhöht die Anzahl und Intensität solcher Wetterereignisse – da sich Atmosphäre und Mittelmeer immer weiter erwärmen, die Luftmassen mehr Wasserdampfmoleküle aufnehmen, sich mehr Wolken bilden und die Menge an Regen steigt. Pro Grad Temperaturerhöhung fällt etwa 7 % mehr Wasserdampf als Regen [4].

So ein Ereignis wie diese Flut in Spanien sollte alle Menschen wachrütteln, zu handeln. Mehr denn je auf Klimaschutz, Energie-, Mobilitäts- und Ernährungswende zu setzen. Der politische Handlungsdruck, schnell und konsequent die Erneuerbaren Energien auszubauen, aus den Fossilenergien auszusteigen und Treibhausgasemissionen zu senken, ist offensichtlich. Das sollte die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und Unternehmen viel stärker einfordern. Ebenso, dass diejenigen politische Entscheidungen treffen, die sich auskennen und dass sie eine progressive Politik umsetzen.

## Quellen

- [1] deutschlandfunk.de/der-cdu-vorsitzende-merz-sieht-schnittmengenmit-positionen-der-unionsparteien-100.html
- [2] washingtonpost.com/graphics/politics/trump-claims-database/
- [3] srf.ch/news/dialog/ueberschwemmungen-in-spanien-extreme-niederschlaege-sind-zu-einer-konstanten-geworden
- [4] dgs.de/news/en-detail/200924-vb-die-ehemalige-jahrhundertwetterlaege-klimafakten-teil-1/